

Ein neues Zeitalter der Demokratie

John Keane über Elemente und Ursprünge demokratischer Herrschaft

Nach zehnjähriger Arbeit hat John Keane, Forschungsprofessor am WZB, eine großangelegte Biographie der Demokratie vorgelegt. Darin analysiert er Elemente demokratischer Herrschaft seit der Vorantike. Er unterscheidet drei große historische Phasen: die Versammlungsdemokratie, die repräsentative Demokratie und die heutige Form der Demokratie, die er als *monitory democracy* bezeichnet. Paul Stoop sprach mit John Keane über „The Life and Death of Democracy“, soeben bei Simon & Schuster erschienen.

Stoop: Standen Ihnen die großen Entwicklungslinien schon zu Beginn des Projekts vor Augen?

Keane: Am Anfang hatte ich keine genaue Vorstellung von der Gesamtentwicklung. Und im Lauf der Arbeit wurde mir klar, dass eine durchgehende, lineare Geschichte nicht die richtige Darstellungsform wäre. Das Thema erfordert eine offene Erzählung, wie Umberto Eco es formulieren würde, kein geschlossenes Narrativ. Ich sehe dieses Buch eher als etwas, das man als eine Art Kaleidoskop lesen kann, mit vielen Fragmenten, die zusammen betrachtet ein Bild ergeben. Es sollte keine Großtheorie werden, mit der all die komplexen Fragen, die Bedeutungen in Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Demokratie schlüssig beantwortet werden können.

Warum haben Sie Abschied genommen von der Idee, Athen sei die Wiege der Demokratie?

Es ist ein veralteter Mythos. Die Forschungsergebnisse der jetzt aktiven Archäologen-Generation widerlegen im Kern den Athen-Mythos, der im 19. Jahrhundert entstand. Seit den 1950er Jahren werden Fortschritte bei der Entschlüsselung der mykenischen Schrift, der Linearschrift B, gemacht. Diese Kultur aus der Zeit um 1500 v. Chr. enthielt Wörter wie *damos* und *damokoi*, dem späteren griechischen *demokratia* verblüffend ähnlich. Begriff und Idee sind also älter. Noch wichtiger ist die Entdeckung des dänischen Historikers Thorkild Jacobsen, dass es in der Region des heutigen Syrien, Irak und Iran Versammlungen gab.

Aber können wir da wirklich von Demokratie sprechen?

In diesen Versammlungen kamen Menschen als Gleiche unter Gleichen zusammen, hoben die Hand oder legten einen Stein in ein Ge-

fäß, um über Krieg, die Bestrafung von Verbrechern oder über Steuerfragen abzustimmen. Was später Demokratie hieß, ist ein Geschenk des Orients, der Städte Syrien-Mesopotamiens. Elemente dessen wurden weitergereicht in die Gegenden des heutigen Pakistan und des Westens Indiens. Durch die Phönizier gelangten sie dann zu den Griechen, die das Geschenk als eigene Erfindung darstellten.

Iran, Irak, Pakistan als Stationen auf dem Weg zur Demokratie – ist das nicht ein wenig ironisch?

Ich muss gestehen, dass die Arbeit an diesem Buch von 2001 an in zunehmendem Maße getrieben wurde von der Sorge, dass die Sprache der Demokratie vor allem von einem amerikanischen Präsidenten für Kriegszwecke missbraucht wurde. Das hat Millionen Menschen im Nahen Osten in eine feindliche Haltung getrieben angesichts der Heuchelei des Westens, die sich im Widerspruch von Wort und Tat zeigte. Es war dann ein glücklicher Zufall, die Wurzeln der Demokratie in Syrien, im Iran und Irak zu finden.

Es dürfte auch so manchen erstaunen, von der Moschee als „Herz der Zivilgesellschaft“ zu lesen.

Unter Demokratie-Historikern und Politikforschern sowie in den Schulbüchern hieß es bisher gleichlautend: Nach dem Ende der athenischen Herrschaft und dem Fall des Römischen Reichs hat sich in Sachen Demokratie tausend Jahre lang nichts getan. Aber das stimmt nicht. Der Geist der Demokratie hat überlebt und wandelte sich. Die Moschee ist ohne Zweifel eine der Formen, in der sich dieser Geist zeigt. Menschen trafen sich dort als Gleiche, Männer und Frauen, für vielfältige Aktivitäten. Sie war ein Markt, auf dem in den frühen Jahrhunderten sogar Wein verkauft wurde. Man kam dort zusammen, wenn man trauerte. Es war ein Ort des Gebets, aber auch der politischen Reden. Muslime haben in den ersten vier Jahrhunderten des Islam auch ein ziviles Leben geführt, auf das sie heute stolz sein können.

Wann gab es erste Elemente der zweiten Phase, die Sie die Zeit der repräsentativen Demokratie nennen?

Im Frühling des Jahres 1188 passierte etwas historisch Neues in der spanischen Stadt

León: Der junge König Alfons IX, gerade mal 17, rief die drei Stände zu den *cortes* zusammen: Klerus, Adel und die „guten Männer“ der Stadt, die *boni homines*. Zum ersten Mal tritt eine Vertretung der Bürgerschaft in Erscheinung. Diese Abgesandten meisterten gemeinsam mit dem König eine schwere Krise. Und erarbeiteten bindende Vereinbarungen über Verantwortlichkeiten, Pflichten und Rechte – eine Generation vor der Magna Carta von 1215.

Welches Element war die wichtigste Neuerung?

Zum ersten Mal sehen wir eine Versammlung, in der Vertreter saßen, *procuradores*. Für so etwas hatten die Griechen noch nicht einmal ein Wort. Dies ermöglicht auch legitimes Regieren über eine gewisse Entfernung. Das ist natürlich keine ausgewachsene Demokratie, aber dieses Element wird wichtig. Unter den niederländischen Aufständischen im 16. Jahrhundert gab es Ideen über eine ausgereifte Bürgerdemokratie auf repräsentativer Grundlage, und am Ende des 18. Jahrhunderts haben wir den Begriff der „repräsentativen Demokratie“ als Staatsform. Das Ganze ist ein chaotischer, ungeplanter Prozess mit vielen Elementen, die sich im Laufe der Zeit entwickelten und zu dem gehören, was wir als wertvolle Bestandteile demokratischer Gemeinwesen betrachten: Parlamente, verfassungsgebende Versammlungen, Pressefreiheit, Rechtssicherheit. All diese Elemente haben Vorläufer im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa. Damals waren sie nicht Teil einer erwachsenen Demokratie – und doch immens wichtig für die Demokratiegeschichte.

Aber auf alle Zeit gesichert sind doch auch diese tief verwurzelten Bestandteile freiheitlicher Herrschaft nicht. Ihr Buch heißt ja Leben und Tod der Demokratie.

Linearität und Demokratie sind keine Zwillinge, Francis Fukuyamas These vom Ende der Geschichte zum Trotz. Eine Welt, die von Menschen gestaltet wird, kennt keine Teleologie, und Errungenschaften können verloren gehen. Die Geschichte Europas wäre sehr viel erfreulicher und wohl auch friedlicher gewesen, wenn es einen unumkehrbaren Fortschritt gäbe. So aber war die Demokratie 1939 so gut wie zerstört, als es nur noch zwei Dutzend Demokratien in der Welt gab. 1941 waren es noch elf, bis es dann 1945 wieder aufwärts ging mit den fairen und freien Wahlen in Uruguay.

Demokratie kann sterben, aber auch wiedergeboren werden, manchmal mit der Hilfe von

Siegermächten. Ist das ein Modell, das Schule machen kann?

Die Demokratisierung des besiegten Deutschlands war ein Erfolg. Aber das Auferlegen der Demokratie von außen löst meist heftige Resentiments und tiefen Widerwillen aus, was in der Regel zum Scheitern führt. Der Think Tank Carnegie Endowment for International Peace hat errechnet, dass von den über 100 Interventionen im 20. Jahrhundert gerade 10 bis 20 zum Erfolg führten.

Sehen Sie Alternativen?

Wir konnten in den letzten Jahren Versuche beobachten, auf andere Weise zur Demokratisierung zu verlocken, etwa mit den Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union von 1993. Die Einhaltung der demokratischen Kriterien wird beitragswilligen Ländern als unabdingbare Voraussetzung der Mitgliedschaft vermittelt. Es geht dabei um Rechtsstaatlichkeit, Respekt vor der Zivilgesellschaft, freie und faire Wahlen. Wir sehen, dass das funktioniert. Ein solches Vorgehen hat einen gewissen Magnetismus, der sich zum Beispiel sichtbar auf das politische Leben in der Türkei auswirkt.

Wie kennzeichnen Sie die Grundtendenz der demokratischen Entwicklung seit dem Tiefpunkt in den 1940er Jahren?

Als ich die Wiedergeburt der Demokratie näher untersuchte, fiel mir auf, dass in den Jahrzehnten nach 1945 etwa 100 völlig neuartige Institutionen entstanden sind, die die demokratisch legitimierte Machtausübung überprüfen. Ich fragte mich, wie das Ganze zusammenpasst: die enge Verbindung von Demokratie und Menschenrechten, wie sie sich etwa im deutschen Grundgesetz und in der Ausbreitung von Menschenrechtsorganisationen zeigt, und zwar über den ganzen Globus. Ich denke an Bürgerversammlungen, Runde Tische, Gipfeltreffen unterschiedlichster Art, partizipative Haushaltsplanung, Integritätskommissionen, Wahrheitsfindungs- und Versöhnungsorgane. Ich umschreibe diese Wege der öffentlichen Kontrolle als Elemente einer *monitory democracy*, also einer Demokratie, in der das Regieren transparenter gemacht wird und die Politik Rechenschaft in vollem Licht der Öffentlichkeit ablegen muss. So wird Meinungsbildung ermöglicht, die zu demokratischen Entscheidungsprozessen beiträgt.

Ist das eine Besonderheit entwickelter Demokratien oder ein globaler Trend?

Das sind keineswegs rein westliche Erfindungen. Die Beiträge stammen aus Demo-



John Keane studierte an den Universitäten Adelaide (Australien), Toronto (Kanada) und Cambridge (England). Er ist WZB-Forschungsprofessor für Theorie und Geschichte der Demokratie und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Westminster (England), an der er 1989 das Centre for the Study of Democracy gründete. Vor *The Life and Death of Democracy* veröffentlichte er unter anderem die Monographien *Global Civil Society* (2004) und *Vaclav Havel: A Political Tragedy in Six Acts* (1999). [Foto: Udo Borchert]

keane@wzb.eu

kratien in aller Welt. Partizipative Haushaltsplanung zum Beispiel kommt aus Brasilien, Wahrheits- und Versöhnungskommissionen sind eine lateinamerikanische Idee, die durch die Kommission in Südafrika nach dem Ende der Apartheid berühmt geworden ist. In Australien entwickelte man Integritätsausschüsse. Indien kennt eine Vielzahl von Instrumenten des Monitoring. Solche Institutionen bilden eine zusätzliche Ebene der Demokratie, die die klassischen Institutionen wie Parlamentswahlen, Mehrparteiensystem und Gewaltenteilung ergänzen. Die indische Demokratie kennt eine Dynamik ständiger Infragestellung von Macht, durch Strukturen innerhalb des Parteiensystems wie auch außerhalb. Wir sehen Machtausübung durch Gandhis gewaltfreien Widerstand, der Satyagraha, wir sehen Eisenbahngerichte in Mumbai, Studentenwahlen, die hart umkämpft sind, weil sie von großer Bedeutung sind. Oder auch die *lok adalats*, lokale Gerichte, die seit 1986 in relativ schnellen Verfahren Dispute beilegen, oft geht es dabei um interreligiöse Konflikte im Zusammenhang von Heiraten oder Auseinandersetzungen um Eigentumsfragen.

Ist das nicht lediglich Folklore ohne wirklichen Einfluss auf die Demokratie?

Nein, es ist mehr. Wir verlassen die Ära der repräsentativen Demokratie im Territorialstaat und bewegen uns auf eine Zeit post-parlamentarischer, post-staatlicher Formen der Demokratie zu. Wir brauchen einen neuen Namen dafür. Ich habe damit gerungen und verschiedene Möglichkeiten geprüft, wie „komplexe Demokratie“ oder „postrepräsentative Demokratie“, und am Ende kam der unschöne Begriff *monitory democracy* heraus, für den es in vielen Sprachen keine exakte Entsprechung gibt.

Was wäre ein Beispiel für die Kraft dieser neuen Elemente demokratischer Herrschaft?

Sie können die aktuelle Krise der britischen Demokratie nur verstehen, wenn Sie berücksichtigen, dass diese Krise ausgelöst wurde durch das Wirken der Kräfte, die zum Monitoring gehören. Parteien, Parlament und die Exekutive haben praktisch keine Rolle gespielt beim Aufspüren und bei der Enthüllung dieses unvorstellbaren Ausmaßes an Korruption. Es sind solche Netzwerke, Organisationen, Initiativen, zum Teil innerhalb der Regierung, überwiegend aber außerhalb, die die Aufgabe der Machtkontrolle und des Monitoring wahrgenommen haben, und zwar inzwischen auch über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg. Die Bürgerrechtsbewegung, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die neue Frauenbewegung, die Umweltbewegung, die

die ganze Politik beeinflusst haben – all das kam aus der Gesellschaft und nicht aus dem etablierten politischen System und hat enorme Veränderungen angestoßen.

Gibt es da nicht ein Legitimitätsproblem? Wir reden hier von selbsternannten politischen Akteuren. Wo ist das Monitoring der Monitoren?

Wir beobachten eine Zunahme der nichtgewählten Vertreter, die dennoch Anerkennung finden. Human Rights Watch kann für sich beanspruchen, im Fall schwerer Menschenrechtsverletzungen das Wort zu erheben. Für die traditionelle Sicht auf die Demokratie ist ein nichtgewählter Vertreter ein Widerspruch in sich. Und natürlich kann es hier Missbrauch geben oder Störungen demokratischer Abläufe. Aber man kann es auch anders sehen: Wir fördern Organisationen oder Initiativen, deren Ziele wir unterstützen, indem wir finanzielle oder sonstige Hilfe leisten oder ihre Zeitschrift abonnieren. Das begründet doch auch Legitimität. Und es gibt die Möglichkeit, die Unterstützung einzustellen und das Abo zu kündigen. Es gibt darüber hinaus Formen berechtigter Repräsentation auf der Grundlage von Integrität, Leiden, Ehrlichkeit. Warum soll jemand wie Erzbischof Desmond Tutu weniger Legitimität besitzen als jemand, der gewählt wurde? Er wird anerkannt wegen seiner Ehrlichkeit, Fairness, Offenheit, Versöhnungsbereitschaft. Dieses Buch könnte ein Anstoß sein zu einer Diskussion über ein erweitertes Verständnis von Repräsentation, die auch Formen nichtgewählter Vertretung einschließt.

Und wie könnte der Schutz vor Missbrauch aussehen?

Eine der Herausforderungen ist es, zu klären, welche Formen nichtgewählter Repräsentation in welchem Zusammenhang als legitim zu betrachten sind. Konkret: Wie können Instrumente und Mechanismen des Monitoring selbst beobachtet und überprüft werden? Interessanterweise gibt die Praxis schon einige Antworten. Wir beobachten in diesen Jahrzehnten, in denen das demokratische Monitoring sich einbürgerte, eine Zunahme von Mechanismen, die diese Prozesse wiederum kritisch beobachten und zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen machen, zum Beispiel durch Audits und Offenlegung der Aktivitäten von Organisationen und Netzwerken, die zwar nicht durch Wahlen legitimiert sind, aber auf diese Weise öffentlich Rechenschaft ablegen. In den kommenden Jahren wird die Demokratie mit Sicherheit komplexer werden.